

SÜDKURIER

KINDERGÄRTEN

Raus aus dem Labor

Unsere Kindergärten sind zu wahren Versuchslabors geworden. Da gibt es das Projekt „schulreifes Kind“, Eignungstests, Sprachförderung, den Orientierungsplan. Auf den ersten Blick scheint man gut eingestellt auf die Jüngsten in der Bildungshierarchie. Bei genauerem Hinsehen aber sieht man: Im



VON GABRIELE RENZ

nämlich sitzen Erzieher und Grundschullehrer seit langem im gleichen Hörsaal. Mit der Folge, dass die Zusammenarbeit hervorragend klappt. Da gibt es kein vermeintliches Oben (Grundschule) und Unten (Kita), sondern ein Miteinander zum Besten der Kleinen. Hinzu kommt: Die Gerechtigkeitsfrage beginnt im Kleinkindalter. Wenn es dort gelingt, gleiche

Zugänge zu Bildung zu schaffen und Brüche bei der Förderung zu vermeiden, kann sich der Staat später aufwändige und kostenintensive Reparaturen sparen.

Was die Landesregierung tut, ist – bei allem Fortschritt – halbherzig. Hier ein Programm, dort eine „Pilotierung“ und nirgends ein bildungspolitisches Gesamtkonzept für Null- bis Zehnjährige. Hier wird nicht zusammen gedacht, was zusammen gehört.

Und nun wieder: Knapp 400 Studienplätze sollen an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vorgehalten sein. Bisher waren es 75. Ein gewaltiger Zuwachs. Doch was will die Landesregierung wirklich? Die einen sind

**Die Gerechtigkeitsfrage beginnt im Kleinkindalter.**

Spezialisten für Lehrerausbildung, die anderen sind sozialpädagogisch orientiert. Das sind grundverschiedene Ansätze. Für die akademische Erzieherausbildung wäre die Schnittmenge in Form eines Studiengangs „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ das Richtige. Darüber wurde in Baden-Württemberg nicht offen diskutiert, sondern im Stillen der Weg des geringsten Modernisierungswiderstandes gesucht.

Man muss also wieder einmal froh sein, dass sich überhaupt etwas tut. Baden-Württemberg leidet, so scheint es, auch in der frühkindlichen Bildung unter massiven Veränderungängsten. Bloß keine Akademisierung! Bloß keine anderen Strukturen! Nur kein zusätzliches Geld ausgeben! Am liebsten würde man alles so lassen wie es ist und gleichzeitig alles verändern, damit es besser wird. Das geht nicht. Die Landesregierung sollte sich so langsam klar darüber werden. Und das Ende des Kinder-Versuchslabors einläuten.

gabriele.renz@suedkurier.de

Grünen-Fraktionschefin **Renate Künast** über Schwarz-Grün

Sag niemals nie

Das Werben der großen um die kleinen Parteien hat begonnen, denn ohne FDP und Grüne könnten nach derzeitigem Stand weder Union noch SPD künftig regieren. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast nennt Bedingungen.



Wird sich die Linke als fünfte Kraft etablieren?

Ja, ich denke, dass sie Teil der Parteienlandschaft sein wird. Wie stark, insbesondere im Westen, ist allerdings offen.

Dann wird sie zur Dauerkonkurrenz für die Grünen. Abschaffung von Hartz IV, Nein zu Auslands-einsätzen, das kommt auch bei Ihren Wählern an.

Die Antworten der siebziger Jahre, die die Linkspartei anbietet, taugen wenig angesichts der Globalisierung und des demografischen Wandels. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war richtig. Es gibt allerdings Umsetzungsprobleme. Bei Militäreinsätzen machen wir Grünen es uns nicht leicht. Wir wissen aber auch, dass Deutschland Verantwortung in der Welt hat. Ein einfaches Nein ist da als Antwort zu schlicht.

Nach Umfragen des Deutschlandtrends gäbe es derzeit außer einer Großen Koalition nur zwei Mehrheiten: Schwarz-Grün oder eine rote Ampel von SPD, Linkspartei und Grünen. Wie würden Sie sich entscheiden?

Wir werden nicht mit einer Koalitionsaussage in den Wahlkampf gehen, in keine Richtung. Ich sehe aber nicht, dass die Linkspartei bereit wäre, sich

Renate Künast



Renate Künast, 51, ist seit 2005 Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen im Deutschen Bundestag. Das Amt teilt sie sich mit Fitz Kuhn. Von 2001 bis 2005 war sie Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Künast stammt aus Nordrhein-Westfalen und ist von Beruf Rechtsanwältin.

überhaupt einer Verantwortung zu stellen.

Auch wäre Schwarz-Grün wahrscheinlicher? Wolfgang Schäuble hat das ins Gespräch gebracht.

Ausgerechnet Wolfgang Schäuble. Er ist mit seinen Positionen zur Innenpolitik derzeit das größte Hindernis für eine solche Zusammenarbeit. Ebenso wie Michael Glos, der permanent den Atomausstieg in Frage stellt. Beide stehen symbolhaft für eine uns entgegen

gesetzte Politik, die die Union in vielen Feldern betreibt.

Ist Schwarz-Grün denn prinzipiell denkbar?

Es gibt nicht mehr die Gräben, bei denen man sagen könnte: Nie, Niemals. Aber unsere größte Affinität bleibt die für eine rot-grüne Koalition. Die derzeit dann um einen Dritten ergänzt werden müsste.

Ein Grünen-Wähler weiß nicht mehr, was am Ende aus seiner Stimme wird.

Er bekommt immer den grünen Kern. Wir werden die Grünen nirgendwo hinführen, wo sie ihre Identität aufgeben müssten. Ein Aufweichen des Atom-Ausstieges wird es mit uns nicht geben. Ebenso kein Aufweichen von Bürgerrechten und keine Bundeswehreinräufe im Innern. Auch keine Energiepolitik, die die großen Konzerne hofiert. Dafür stehen wir.

Im Herbst muss der Bundestag über die Fortführung des internationalen Friedenseinsatzes Isaf, den von den Amerikanern geführten Antiterrorkampf OEF im Osten des Landes und die Tornado-Überwachungsflüge entscheiden. Wie stimmen Sie?

Bei Isaf wollen wir zustimmen, fordern aber eine Weiterentwicklung. Man muss mehr tun für die Ausbildung der Polizei und der Armee. Die Koordination des Wiederaufbaus muss besser werden. Es muss wirklich jedes Dorf Fortschritte spüren. Bei OEF sind wir klar für eine Beendigung. Beim Tornado-Einsatz ist zentral, dass er scharf von OEF getrennt bleibt.

FRAGEN: WERNER KOLHOFF

IM BLICKPUNKT

Rüffel von ganz oben

Sieht sich missverstanden: Innenminister Schäuble



Die Kritik des Bundespräsidenten war unmissverständlich: Er habe seine Zweifel, ob ein „Stakkato“ von Denkanstößen und Initiativen des Wolfgang Schäuble nicht übers Ziel hinausschieße – so die Botschaft des auf Usedom geführten ZDF-„Sommerinterviews“ mit Horst Köhler. „Wie sollen die Leute das verkraften?“, fragte sich das Staatsoberhaupt angesichts der vielen Ideen des CDU-Innenministers im Anti-Terror-Kampf. Die Ermahnung zu mehr Augenmaß verband Köhler mit dem Appell, rechtsstaatliche Prinzipien nicht über Bord zu werfen.

Für Schäuble kam der Ordnungsruf von höchster Stelle just zu einem Moment, als er sich – nach einer Woche geharnischter Kritik von fast allen Seiten – etwas Luft verschaffen wollte. In einem Sonntagsblatt wehrte sich der Minister gegen das überwiegend negative Echo auf ein „Spiegel“-Interview, in dem er – teilweise in Frageform – Tabus ignoriert hatte: Eine gezielte Tötung von Terroristen, ein neuer Straftatbestand der Verschwörung mit möglicher Inhaftierung von „Gefährdern“, ein Internet- und Handy-Verbot für Verdächtige.

Er habe nur nüchtern festgestellt, dass der Rechtsstaat bisher keine Antworten auf neue Bedrohungen durch Terroristen gefunden habe, versuchte Schäuble seine „Spiegel“-Äußerungen jetzt zu relativieren: „Viele haben offenbar gar nicht gelesen, was ich gesagt habe.“ So habe er keine „nationale Gesetzgebung“ gefordert, um Terroristen gezielt töten zu können. Es sei ausschließlich um „den hypothetischen Fall“ gegangen. Was er jedoch verlange, sei endlich eine „ehrliche, realistische Debatte“ über die Gefahren für die innere Sicherheit.

Schäuble, vor 17 Jahren Opfer eines Anschlags und seitdem an den Rollstuhl gefesselt, tat über die Verteidigung seiner Denkanstöße hinaus etwas für ihn sehr Ungewöhnliches: Er spielte öffentlich auf seinen Behinderungs-Status an. Vorangegangen waren Presse-Kommentare, der Minister lasse – sinngemäß – das eigene Attentats-Erlebnis in seine strenge Sicherheitspolitik hineinwirken. Solch „unerhörte Angriffe“ seien „diskriminierend“, beklagte sich Schäuble nun: „Wenn ich meine Meinung nicht mehr sagen kann, weil man mir unterstellt, ich sei ja gewissermaßen beschädigt, auch in meiner politischen Urteilsbildung, dann grenzt man einen Behinderten aus der politischen Debatte aus.“

RULLE WERNER HERPELL, DPA

ANDERE BLÄTTER MEINEN

Zu den Pannen im Atomkraftwerk Krümmel:

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Vattenfall verhielt sich, als hätte der Konzern nicht die längste westeuropäische Pannens-Bilanz, als stünde er als Betreiber von Atomanlagen nicht schon an der Grenze der Genehmigungsfähigkeit. Was 2006 im schwedischen Forsmark ablief, wo Notaggregate zur Kühlung nicht ansprangen, war sicherheitstechnisch ein Skandal. Sollen wir erst auf den „Vattenknall“ warten, bevor die Aufsicht reagiert? Solche Betreiber erledigen das Thema verlängerter Restlaufzeiten. Aber der Preis, den das kosten könnte, ist verdammt hoch. Dass Polizei und Staatsanwaltschaft die verweigerten Informationen in Krümmel sich jetzt selbst holen, ist ein Signal: Diesem Betreiber ist nicht zu trauen.

Das Blatt aus Kassel zum gleichen Thema:

HNA Allgemeine

Still liegt das Kernkraftwerk – doch die Wellen der Empörung schlagen hoch. Wegen einer offenbar kleineren Panne musste Krümmel vor zwei Wochen vom Netz, aber die Informationspolitik des Betreibers Vattenfall hat sich zu einem Info-GAU entwickelt, dem größten anzunehmenden Unfall einer Pressepolitik, die bewusster Desinformation gleicht. Verschweigen und vertuschen – so schafft man kein Vertrauen in der kritischen Öffentlichkeit. Im Gegenteil: So liefert man Kernkraftgegnern Argumente frei Haus. Es ist wie schon so oft in der Atomindustrie: Nicht der Störfall selbst ist das Problem, sondern mangelhafte Aufarbeitung und verantwortungsloses Handeln durch den Betreiber.

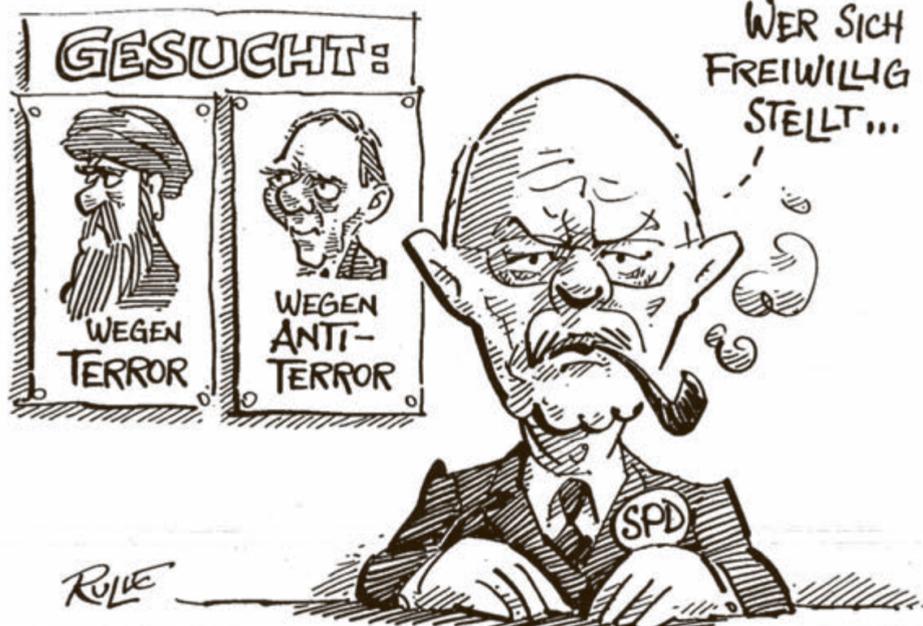
IHRE MEINUNG

Ergebnis unserer Abstimmung vom 14.07.2007 auf www.suedkurier.de/umfrage

Interessiert Sie die Tour de France nach den Doping-Skandalen überhaupt?

48,68 % - Ja, die Tour ist trotz allem ein beeindruckendes Sport-Ereignis. 51,32 % - Nein, die Tour ist unglaubwürdig und interessiert mich nicht.

Umfrage heute: Geht Innenminister Schäuble zu weit? Seite 1



... darf auf mildernde Umstände hoffen!

RULLE WERNER HERPELL, DPA

NACHRICHTEN

KERNKRAFT

Vattenfall kritisiert eigene Manager

Gut zweieinhalb Wochen nach den Pannen im Kernkraftwerk Krümmel tritt Betreiber Vattenfall die Flucht nach vorn an und schließt Konsequenzen für deutsche Manager nicht mehr aus. Konzernchef Lars Göran Josefsson tadelte das Krisenmanagement der Deutschland-Tochter heftig. Der Energiekonzern veröffentlichte im Internet einen umfangreichen Bericht zur Pannenserie im Meiler östlich von Hamburg und räumte unter anderem Kommunikationsprobleme beim Personal ein. Heute will die Atomaufsicht die beteiligten Kraftwerksmitarbeiter befragen. (dpa)

NSDAP-MITGLIEDSCHAFT

Auch Eppler und Ehmke dabei

Die einstigen SPD-Bundesminister Erhard Eppler und Horst Ehmke sowie der Philosoph Hermann Lübke und der ehemalige „Bild“-Chef Peter Boenisch waren Mitglieder der NSDAP. Das berichtet das Nachrichtenmagazin „Focus“ über Unterlagen aus der Mitgliederkartei der Nazi-Partei. Nach Informationen des „Spiegel“ findet sich in der Kartei im Bundesarchiv in Berlin auch der Name des Soziologen Niklas Luhmann. Alle gehörten den Jahrgängen 1925 bis 1927 an. (AFP)

RECHTSEXTREMISMUS

Russlanddeutsche angegriffen

Fünf Wochen nach dem Überfall auf eine Theatergruppe in Halberstadt haben jetzt Anhänger der rechten Szene in Magdeburg fünf junge Russlanddeutsche attackiert und verletzt. Die fünf Opfer, vier Männer und eine Frau, konnten ihren Peinigern leicht verletzt entkommen. (dpa)

KINDERGELD

Mehr Hilfe für Kinderreiche

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen will kinderreiche Familien finanziell stärker unterstützen. Beim zweiten, dritten und vierten Kind solle jeweils mehr Kindergeld gezahlt werden als heute, forderte die CDU-Politikerin im „Reutlinger General-Anzeiger“. (dpa)

NACHRUF

Ex-Diplomat von der Gablentz tot

Der ehemalige deutsche Spitzendiplomat Otto von der Gablentz ist am Freitag im Alter von 76 Jahren gestorben. Von der Gablentz starb in Amsterdam, wo er in den vergangenen Jahren lebte. Er war in zweiter Ehe mit einer Niederländerin verheiratet. Der Sohn eines Widerstandskämpfers gegen den

Nationalsozialismus trat 1959 in den Auswärtigen Dienst ein. Als enger Berater leitete er unter Bundeskanzler Helmut Schmidt die Auswärtige Abteilung im Kanzleramt. (dpa)

EUROPAWAHL 2009

Lothar Bisky kandidiert

Der Vorsitzende der Partei Die Linke, Lothar Bisky, soll laut „Spiegel“ Spitzenkandidat für die Europawahl 2009 werden. Er hat zur Zeit ein Bundestagsmandat inne, lässt im Parlament aber den Fraktionschefs Gregor Gysi und Oskar Lafontaine den Vortritt. Bisky könne der Linken aus Deutschland ein besseres Image auf europäischer Bühne verschaffen, schreibt das Magazin. (dpa)

NIEDERSACHSEN

Wulff Spitzenkandidat 2008

Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff führt seine Partei zum vierten Mal als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf. Bei einer Versammlung wählten die 114 Delegierten ihren Parteichef in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zum Spitzenkandidaten für die Wahl im Januar 2008. „Wir wollen stärkste Partei werden, wir wollen so viele Direktmandate wie möglich“, sagte Wulff. (dpa)